

**Rede Gerd Will**

**Plenum 23. Januar 2013**

**Verkehrsinfrastruktur**

**„Ja“ zum Ausbau der niedersächsischen Verkehrsinfrastruktur - „Nein“ zur Verkehrspolitik von Rot-Grün in Niedersachsen! –**

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/21 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr - Drs. 17/989

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Eigentlich müsste ich meinen Landesvorsitzenden erst einmal fragen, ob wir wirklich eine ganz große Koalition für Niedersachsen wollen oder ob wir nicht auch so, mit Rot-Grün, ganz gut alleine klarkommen.

Meine Damen und Herren, lieber Kollege Bley, ich will Sie zitieren. Sie sagten, die Menschen sehnten sich nach Schwarz-Gelb. Angesichts der neuesten Umfragen ist Ihnen Ihr Koalitionspartner von der Hand gegangen. Sie haben überhaupt keine Chance, Schwarz-Gelb in Niedersachsen wieder zu errichten. Insofern ist Ihre Behauptung sehr mutig. Beim Ausbau der niedersächsischen Verkehrsinfrastruktur sagen Sie Nein zur Verkehrspolitik von Rot-Grün in Niedersachsen.

Ihre Überschrift verspricht viel. Der Antrag selbst beschäftigt sich aber nur mit dem Verkehrsträger Straße in Niedersachsen. Die Begriffe „Schiene“ oder „Wasserwege“ haben Sie nicht einmal in den Mund genommen. Das zeigt natürlich auch die Einseitigkeit Ihrer Denke bei dieser Geschichte.

Sie haben auch von Kürzungen beim Landesstraßenbau gesprochen. Einigen Sie sich doch erst einmal mit Ihren Finanzpolitikern! Die schreien nach Entschuldung, und Sie wollen mehr Geld ausgeben. Sie sind sich doch innerhalb der CDU selbst nicht einig!

Ich darf auch daran erinnern, dass Sie 2005 einmal ganze 36 Millionen Euro für die Instandhaltung und den Ausbau der Landesstraßen eingestellt haben. Das war der niedrigste Wert, den wir nach 1947 hatten. Also Sie haben es nun wirklich nicht verdient, hier als Hüter der Landesstraßen aufzutreten, meine Damen und Herren!

Sie haben auch nichts über den miserablen und von Ihnen hinterlassenen Zustand der Landesstraßen gesagt. Radwege und nicht motorisierter Verkehr kommen bei Ihnen schon gar nicht vor.

Sie verteidigen Ihre Meldeliste zum Bundesverkehrswegeplan, die angesichts der Fülle Ihrer Anmeldungen, die Sie vorgenommen haben, in den nächsten 50 Jahren abgearbeitet werden muss.

Mit verantwortlicher Verkehrspolitik, mit gesicherter Finanzierung, mit einem sinnvollen Mix aller drei Verkehrsträger Straße, Schiene und Wasserstraße hat Ihr Antrag nun wirklich nichts zu tun.

Meine Damen und Herren, bei den Bauvorhaben A 20 und A 39 soll die Landesregierung auf jeden Fall auf den Abzug von Planungsmitteln verzichten. Das ist ja eine Ihrer Forderungen. Nachdem der MP und der Verkehrsminister bereits wiederholt die Wichtigkeit der Planung der beiden Baumaßnahmen hervorgehoben haben, sollten Sie lieber Ihren verbliebenen Einfluss in Berlin geltend machen, damit der Bund endlich die Mittel für Neubaumaßnahmen deutlich erhöht, meine Damen und Herren. Das gilt allerdings nicht nur für Straßen, sondern auch für die Schiene und für die Wasserstraße. Ich erinnere an das dringend benötigte neue Schiffshebewerk in Scharnebeck. Auch hier ist seit zehn Jahren Stillstand.

Meine Damen und Herren, wir haben in Niedersachsen keinen Planungsengpass, sondern einen Finanzierungsengpass. Daran hätten Sie in den vergangenen Jahren mehr arbeiten sollen, Herr Bley.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Versachlichung der Diskussion rate ich Ihnen, noch einmal das Protokoll des Wirtschaftsausschusses vom 25. Oktober nachzulesen: Zurzeit wird die A 39 weiter geplant. Alle sieben Abschnitte befinden sich in der Planung. Der Abschnitt 1

bei Lüneburg soll noch in diesem Jahr planfestgestellt werden. Alle weiteren Abschnitte erwarten bis 2015 die Eröffnung der Planfeststellungsverfahren.

Meine Damen und Herren, der Vertreter des Ministeriums hat in der Sitzung am 25. Oktober weiter versichert, dass die Planungsmittel ausreichen, das Straßenbauprojekt A 39 auch weiterhin vernünftig voranzutreiben. Die Planungskosten für den beschleunigten Autobahnausbau haben laut Ministerium nicht nur der A 39, sondern allen Autobahnen, auch dem sechsspurigen Ausbau an Autobahnen, gegolten. Hören Sie also auf mit Ihrer Panikmache! Sie entbehrt jeder Realität.

Meine Damen und Herren, noch eine Anmerkung zum kommunalen Straßenbau. In der Tat: Wir haben eine neue Verkehrspolitik für Niedersachsen eingeleitet. Zurzeit wird nach einer Anhörung der Gesetzentwurf für ein Landes-GVFG beraten.

Die Festlegung der Zweckbindung wird im Übrigen von allen Verbänden begrüßt. Viele begrüßen auch die neue Ausrichtung in der Verkehrspolitik; denn sie haben längst erkannt, dass das Land und die Fläche in Niedersachsen mit einem demografiegerechten Ausbau des ÖPNV in jeder Hinsicht besser fahren.

Nur Sie denken und planen leider nur noch einseitig und rückwärts gewandt im Straßenbau. Wir müssen beides tun. Wir dürfen das andere aber nicht unterlassen. Die Kommunen erhalten durch das neue GVFG mehr Möglichkeiten für kommunale Mobilitätspolitik. Wir sparen es nicht weg, wie Sie es bei den Landesstraßen viele Jahre leider getan haben. Wir lehnen daher Ihren schwachen Antrag ab und werden ihm heute auch nicht zustimmen.